

Arbeitsmarkt

zur Kapitelübersicht

Ohne Arbeit kein Wohlstand — einfache Rechnung? Finden wir auch. Umso schlimmer für die mehr als 2,5 Millionen Arbeitslosen, die es in Deutschland aktuell gibt. Sie sind die Hauptleidtragenden einer Arbeitsmarktpolitik, die den Fokus verloren hat: gute Arbeit für alle. Und die Zeit drängt: Denn je länger man erst einmal aus dem Job raus ist, desto schwerer ist es, den Weg ins Berufsleben zurückzufinden. Gleichzeitig sucht unsere Wirtschaft händeringend nach Arbeitskräften. Aktuell gibt es mehr als 1,7 Millionen offene Stellen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Der Fachkräftemangel wird immer mehr zum Wachstumshemmnis. Es gibt also genug zu tun: Nur wie bringen wir beide Seiten zusammen?

Unsere Ziele:

**Arbeitslosigkeit auf unter 2 Millionen bringen.
Fachkräftemangel entgegenwirken.**

Unsere Vorschläge:

Vorbeschäftigungsverbot aussetzen:

In der aktuellen wirtschaftlichen Lage scheuen Unternehmen das Risiko unbefristeter Wiedereinstellungen. Wir sollten es ihnen deshalb erleichtern, Mitarbeiter wieder befristet zu beschäftigen, indem das Vorbeschäftigungsverbot bis zur vollständigen gesamtwirtschaftlichen Erholung ausgesetzt wird. Damit hilft man auch Rentnern, nach Beginn der Rente befristet wieder in ihre Unternehmen zurückzukehren.

Bezahlte Überstunden steuerfrei machen:

Viele Arbeitnehmer in Deutschland würden gerne etwas mehr arbeiten — wenn sich diese Mehrarbeit dann auch auszahlt. Aktuell lohnt sich eher der steuerfreie Minijob als die voll versteuerte Überstunde in der Haupttätigkeit. Aus unserer Sicht ein Fehlanreiz. Der Staat sollte nicht die Fleißigen bestrafen, sondern Mehrarbeit ab der 40. Wochenarbeitsstunde von der Steuer befreien: Mehr Netto-Gehalt für die Beschäftigten, mehr Arbeitskraft für die Betriebe und mehr Wertschöpfung für die Gesellschaft.

Verzicht auf politisch gesetzten Mindestlohn:

Wahlgeschenke haben immer einen Haken: Irgendwer muss sie am Ende bezahlen. Ein Wahlgeschenk auf Kosten von Wirtschaft und Verbrauchern hat uns auch den politisch gesetzten Mindestlohn von 12 Euro beschert. Schon geht die Diskussion um neue Erhöhungen weiter. Wir finden, dass die Politik an der ausgewogen besetzten Mindestlohnkommission festhalten muss. Und dass der Anstieg des Mindestlohns anhand der Entwicklung der Tariflöhne bestimmt werden sollte. Wir sagen nicht, dass 12, 13 oder 14 Euro zu viel sind. Wir sagen nur: Nicht Politiker sollen das bestimmen, sondern die Experten der Tarifpartner.

Umstellung auf wöchentliche Höchstarbeitszeit:

Gerade unter jungen Menschen ist der 9-to-5-Job ein Kampfbegriff geworden. Er gilt als spießig und starr, lässt keinen Platz für Kreativität. Hier braucht es mehr Flexibilität: Die Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz sollte im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit umgestellt werden. Dies erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wird modernen Anforderungen an flexible Arbeitsplatzgestaltung gerecht, ohne den Gesundheitsschutz zu gefährden.

Homeoffice ja, Homeoffice-Anspruch nein:

Homeoffice kann richtig schön sein: Das weiß jeder, der schon einmal den 11-Uhr Call im Schlafanzug erledigt hat. Aber was der beste Arbeitsmodus für eine Tätigkeit ist, sollte weiterhin tarifvertraglich, betrieblich oder individualvertraglich geregelt werden. Das geht den Gesetzgeber nichts an. Arbeitnehmer, denen das wichtig ist, werden sicher Arbeitgeber finden, die das ermöglichen.

Auf einen formellen Rechtsanspruch auf Homeoffice sollte daher verzichtet werden.

Fachkräftezuwanderung erleichtern:

Alle sprechen davon, aber es passiert (zu) wenig. Denn obwohl unsere Wirtschaft dringend Fachkräfte aus dem Ausland braucht, ist Deutschland hier oft wenig attraktiv: Ausufernde Bürokratie, lange Visaverfahren, und zu hohe Abgaben auf das Gehalt machen Deutschland unattraktiv für echte Fachkräfte. Die Politik hat das Problem erkannt — aber läuft in die falsche Richtung. Denn es braucht nicht etwa neue Visa-Formate, wie die Bundesregierung sie plant. Nicht neue Regeln helfen, sondern weniger (und schnellere) Bürokratie ist die Lösung: mit einer Bundeseinwanderungsbehörde statt lokaler überforderter Ausländerämter, speziellen Anwerbestellen in den deutschen Auslandsvertretungen, mit einer leichteren Anerkennung ausländischer Abschlüsse bzw. von Job-Kompetenzen und einer konsequenten Digitalisierung der Prozesse können wir das Ruder herumreißen. Außerdem braucht es endlich eine Abkehr vom Zeitarbeitsverbot für Drittstaatenangehörige, denn die Zeitarbeitsfirmen sind Rekrutierungs- und Vermittlungsprofis und haben übrigens auch die höchste Tarifbindung.

